

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 63 (1969)

Heft: 12

Artikel: Die Boldern-Tagung über Militärdienstverweigerung (5/6 Dezember 1969)

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141645>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

lungskommission im Kongress, vom 3. Dezember, der sich auf das Verteidigungsbudget für 1970 bezieht, stellte fest, dass auf die Frage der Kommission nach den auf Nixons Verzicht zu erwartenden Einsparungen an bakteriologischen Kriegsvorbereitungen, die Antwort lautete, dass nur 2 Millionen Dollar eingespart würden. McCarthys Einschätzung der diesjährigen Kosten für bakteriologische Kriegsvorbereitungen bewegen sich zwischen 40 und 50 Millionen Dollar. Soll das heissen, dass Vorbereitungen ziemlich wie bis anhin weitergehen, nur dass sie als «Verteidigung» bezeichnet werden?

Die Boldern-Tagung über Militärdienstverweigerung

5/6 Dezember 1969

Die «Neue Zürcher Zeitung» stellt zu Nixons Verzicht auf B- und C-Waffen fest (29. 11. 69, Nr. 701), nach dem Expertenbericht U Thants an die Genfer Abrüstungskonferenz, könne die Zivilbevölkerung nicht gegen die Auswirkungen biologischer Waffen geschützt werden. «Es soll die zehnfache Dosis an Kampfmitteln vorhanden sein, um die gesamte Erdbevölkerung auszulöschen.» Was den Artikelschreiber der «NZZ» nicht hindert, am Schluss seiner Ausführungen Schutzvorkehren gegen chemische Waffen zu verlangen, «die in vielen Fällen mit jenen identisch sind, die gegen einen Atomeinsatz getroffen werden müssen».

Weder in London noch in New York bestehen, soweit dem Schreibenden bekannt ist, ernstzunehmende Schutzvorrichtungen gegen chemische oder Nuklearwaffen. Offenbar herrscht dort, unausgesprochen, die Auffassung, dass die Zivilbevölkerung auch gegen diese Waffen, deren Vernichtungspotential ein Vielfaches der B- und C-Rüstungen beträgt, nicht geschützt werden kann. Gegen Angriffe gesichert werden in Amerika militärische Abwehrzentren durch Verlegung in bombensichere unterirdische Kavernen – aber nicht die Zivilbevölkerung.

Die Entwicklung verläuft vielmehr so, dass die Verluste der Zivilbevölkerung im Ersten Weltkrieg 5 Prozent betrugen, im noch andauernden Vietnamkonflikt – um nur diese beiden Kriege zu erwähnen – erreichen sie 80 Prozent. Das ist kein Zufall, darin liegt Methode. Nach Ansicht des Schweizer Militärexperten Gustav Däniker, in seiner Publikation «Warum sie nicht siegten», war einer der Gründe für das Ausbleiben des amerikanischen Sieges «die relative Schonung der Zivilbevölkerung Nordvietnams». *Im Zeitalter des totalen Krieges könne die Zivilbevölkerung nicht mehr geschont werden, sofern man den Sieg nicht aufs Spiel setzen wolle.*

Professor Geiger, Basel, stellte in einer Verteidigungsrede vor dem Militägericht fest: «In den kriegerischen Aktionen der letzten Jahre ist die Sinnlosigkeit des Krieges in einer Art und Weise zutage getreten, die den traditionellen Glauben an die ordnungserhaltende, rechtschützende Funktion militärischer Massnahmen im Urteil vieler Zeitgenossen gebrochen ist.»

Wir möchten hinzufügen – besonders vieler junger Zeitgenossen, denn sie vor allem werden durch den Widerspruch zwischen der beharrlich aufrechterhaltenen Fiktion von Landesverteidigung und der Wirklichkeit moderner Kriege herausgefordert; sie müssen sich, ob sie wollen oder nicht, mit der Institution des Militärdienstes auseinandersetzen.

Zugegeben ist, dass sich das Problem nicht für alle jungen Leute – ja vielleicht nur für eine kleine Minderheit stellt. Es dürfte jedoch unter heutigen Verhältnissen nahezu unmöglich sein durch eine Umfrage festzustellen, wieweit das Schweizervolk an der jetzigen Form des Militärdienstes festhält.

Sicher ist, dass speziell seit dem Ersten Weltkrieg Hunderte von jungen Schweizern sich zu diesen Fragen ihre Gedanken machen, dass sie insbesondere finden, unser Land hätte in der heutigen Welt noch andere Aufgaben als die militärische Verteidigung seines privilegierten Status quo, besonders wenn sie sehen, wie sehr die Länder aufeinander angewiesen sind, wenn nur zum Beispiel der Hunger auf der Erde zum Verschwinden gebracht werden soll. Wenn so viele junge Leute, im Sinne eines Pierre Cérésole, aus humanitären Gründen den Militärdienst verweigerten, ist es für andere das biblische «Du sollst nicht töten», das sie zwingt, den Dienst mit der Waffe abzulehnen.

Doch welches immer ihre Beweggründe sind, sie mussten sich den Militägerichten stellen und wurden, oft Jahr für Jahr, zu langen Gefängnisstrafen verurteilt. Was mit der Strafe verbunden war, die Verfemung, oft sogar die Aberkennung ehrenhafter Gesinnung und in manchen Fällen der Verlust der beruflichen Stellung traf den Verurteilten schwer.

Angesichts der Exzesse, zu denen das Verbrechen des Krieges (siehe Vietnam) normale junge Menschen zu treiben vermag, empfinden heute selbst Leute, die den Militärdienst noch immer bejahen, wie abstoßend militärische Verurteilungen wie die oben erwähnten wirken müssen. Es herrscht weitherum das Gefühl, es müssen neue Wege in der Behandlung des Problems der Dienstverweigerung gefunden werden.

Der Diskussion dieser Frage, und was damit zusammenhängt, war die Tagung auf Boldern vom 5./6. Dezember 1969 gewidmet. Ob sie ein Erfolg war, wird sich erst im Lauf der Monate zeigen. Auf jeden Fall bewies die starke Beteiligung von über 100 Personen, Dienstverweigerer, Angehörige von Militägerichten, Feldprediger, Berufsoffiziere, unter ihnen ein Divisionär, dass ein Meinungsaustausch gesucht wurde. Dass es zu einer freien Stellungnahme kam, dass jeder Teilnehmer, nicht zuletzt dank straffer Tagungsleitung, sich bereitfand, die Argumente des Gegners anzuhören, gehörte zum Wertvollsten der Veranstaltung. Es war eine Freude, so markante Persönlichkeiten wie Professor Geiger im Kampf um einen neuen fortschrittlichen Begriff von Schweizertum zu beobachten, oder den unermüdlichen Jörg Braunschweig, der sich seit Jahrzehnten in selbstloser Weise im Sinne eines New Deal für die Dienstverweigerer einsetzt. Man spürte auch bei gewissen Befürwortern des Status quo, dass sie die jetzige Situation, das heißt die Lage der Dienstverweigerer als unhaltbar empfinden. In diesem Punkt bestand wohl sogar Übereinstimmung. Einig war man

sich auch in der Überzeugung, dass eine Verfassungsinitiative, die einen Zivildienst als Ersatz für den Militärdienst legalisieren würde, vorläufig noch keine Aussicht auf Erfolg hätte. Sie würde von den Ewiggestrigen mit Sicherheit blockiert. Man fragte sich in der Versammlung nach Möglichkeiten einer Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Die Dienstverweigerer selbst treten ein für *gewaltlose* Demonstrationen.

Möglich wäre nur, auch unter geltendem Recht, eine starke Reduktion der zu verhängenden Strafen, um die Diskriminierung des Verweigerers zu mindern. Dass auch die höchsten militärischen Stellen heute nicht mehr unerreichbar sind für Forderungen einer gewissen Modernisierung ihrer Auffassungen zeigt die Zusage von Oberst Wildbolz, die Frage von Diskussionen von Alternativen zum Militärdienst im EMD zur Sprache zu bringen; zu solchen Diskussionen wären Dienstverweigerer zuzuziehen, die volle Freiheit hätten, ihre Argumente vorzubringen. Eine Konzession, die, wenn verwirklicht, vor zwei Jahren noch undenkbar gewesen wäre.

Ein interessanter Vorschlag findet sich nun allerdings noch in der Dokumentation der Tagung. Oberstkorpskommandant Ernst schlägt vor, *unter Wahrung des Grundsatzes der allgemeinen Wehrpflicht, den Dienstverweigerer straflos davonkommen zu lassen*,

«falls sich der Verurteilte bereit erklärt, anstelle des verweigerten Militärdienstes eine zivile Dienstleistung (welche Art? Red.) auf sich zu nehmen, die unangenehmer und länger sein müsste, als der versäumte Dienst, damit nicht Drückeberger, sondern nur aus echter Gewissensnot handelnde Wehrpflichtige von der Straflosigkeit profitieren würden».

«Die Dienstverweigerung bliebe eine Rechtsverletzung, aber sie würde nicht bestraft, wenn die Voraussetzungen für die Straflosigkeit erfüllt wären. Für den Dienstverweigerer aus Gewissensgründen hätte die Lösung den Vorteil, dass das Odium der Bestrafung dahinfiele.»

Ob dieser Vorschlag die Zustimmung der obersten Militärbehörden findet ist dem Schreibenden nicht bekannt, er ist aber sicher der Diskussion wert. Vielleicht erfahren wir von der Stellungnahme des EMD an einer nächsten Tagung über dieses Thema, oder gar über die Einführung eines Ersatzdienstes in der Schweiz.

Red.

«Der kommende Krieg zwischen Russland und China»

Von Harrison E. Salisbury, Pan Books, 5 shillings. Zu diesem Sensationsband, der gegenwärtig alle englischen Kioske beherrscht, schreibt *Owen Lattimore*, der bekannte Asienkenner, in «*New Statesman*» vom 28. November 1969 wie folgt:

Harrison Salisbury ist einer der besten – vielleicht *der beste* von den Berichterstattern, die nach einer Reifezeit, als welche man die Arbeit in Russland bezeichnen kann, oft in jenes Land zurückkehren. Seine Interessen erstrecken sich weit über die Politik hinaus und umschliessen Literatur (er